

Ueli Mäder/Hector Schmassmann

## Wie normativ muss die Armutsforschung sein?

Die Armutsforschung untersucht Formen und Ursachen der Armut. Sie setzt sich auch mit der Dynamik und der Bewältigung von Armut auseinander. Bei den konkreten Lösungsansätzen sind normative Ziele besonders deutlich erkennbar. In der Sozialen Arbeit geraten diese jedoch zunehmend in Kritik. Die Etablierung der Sozialen Arbeit als Wissenschaft scheint eine weitgehend wertfreie Objektivierung sozialer Fragen zu verlangen. Dahinter verbirgt sich das hehre Anliegen, soziale Realitäten möglichst vorurteilslos zu erfassen, was auch zwiespältig ist. Zum einen richtet sich das Anliegen, gut nachvollziehbar, gegen eine funktionelle Banalisierung und Instrumentalisierung der Sozialen Arbeit, zum andern orientiert sich die postulierte Abkehr von der Normativität unbemerkt an herrschaftlich legitimierten Ideologien. Das dokumentieren aktuelle Armutsdiskurse. Sie rekurren teilweise auf ältere Theorien und intendieren eine Wertfreiheit. Wir versuchen hier, diese zu kontextualisieren und plädieren dafür, die unabdingbare Normativität gründlich zu reflektieren und transparent darzulegen.

Das soziale Denken thematisiert bereits seit seinen Anfängen zentrale Fragen der sozialen Ungleichheit, der Mobilität und des gesellschaftlichen Wandels. Normative Debatten stehen dabei klar im Vordergrund. Klassische Sozialtheorien befassen sich explizit und zielorientiert damit, gesellschaftliche Verhältnisse zu hinterfragen. So entsteht auch die Soziologie, die für die Soziale Arbeit zentral ist. Sie kommt in einer Zeit auf, in der wichtige Institutionen und gesellschaftliche Werte ihre Geltung nicht mehr aus einer quasi natürlichen Ordnung erlangen. Vielmehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass gesellschaftliche Gruppen die Bedingungen selbst herstellen, die den sozialen Wandel wiederum entscheidend prägen. Und auf diese sozialen Veränderungen reagieren theoretische Diskurse in der Soziologie; wobei diese auch dann normativ besetzt bleiben, wenn sie möglichst objektiv sein wollen. Gerade innovative Beiträge der zeitgenössischen Gesellschaftstheorie wie etwa Axel Honneths Thesen zum »Anerkennungsparadigma« oder Luc Boltanskis Programm einer pragmatischen Soziologie der Kritik, die sich aus Denkströmungen in emanzipatorischer Absicht speisen, sind gegenüber normativ-moralischen Fragen aufgeschlossen. Sie erheben den Anspruch, kritisches Bewusstsein für gesellschaftliche Prozesse und Phänomene wie Arbeitslosigkeit, Umwelt, Gewalt, Multikultur usw. zu wecken. Das primäre Anliegen einer kritischen Soziologie und Sozialen Arbeit ist demnach die konsequente Infragestellung vorgefasster Meinungen und gesellschaftlicher Rationalisierungsdiskurse, die von den Individuen in alltäglichen Interaktionen produziert werden. Sie zielt darauf ab, die gesellschaftlicher Phänomene zu »denaturalisieren« und »defatalisieren«, wie dies Pierre Bourdieu wiederholt betont. Für ihn sind Macht- und Herrschaftsverhältnisse weder Natur gegeben noch Schicksal. Jede Dogmatisierung der Theorie muss in den Sozialwissenschaften – so Luc Boltanski – vermieden werden. Denn in der Soziologie geht es nie nur um Theorie, sondern immer auch um Politik.

### 1 Normativität in der positiven Soziologie

Émile Durkheim gilt als Begründer einer »positiven Soziologie« und damit einer Forschungstradition, die eine normfreie Sozialwissenschaft anstrebt und der Soziologie einen wissenschaftlichen Status verleihen will. Darauf beziehen sich viele Postulate der Wertfreiheit. Sie wollen das, was ist, nicht nach dem beschreiben oder beurteilen, was sein soll. Durkheim selbst hat jedoch kein dogmatisches Verständnis von wissenschaftlicher Strenge. In seinen Schriften bezieht er oft Stellung zu Problemen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt (*Lien social*) bedrohen. Kritisch äussert sich Durkheim etwa zur gesellschaftlichen Differenzierung oder zum Verhältnis von Schule und Gesellschaft. »Wenn wir die Wirklichkeit studieren wollen, müssen wir nicht darauf verzichten,

sie zu verbessern«, schreibt er im Vorwort zur ersten Auflage der *Division du travail social* (1893). »Viele meinen zwar, dass soziologische Untersuchungen nicht der Mühe wert wären, wenn sie nur spekulatives Interesse hätten. Indem wir versuchen, theoretische von praktischen Problemen sorgfältig zu trennen, sollten wir jedoch die letzteren nicht vernachlässigen. Wir sollten uns im Gegenteil rüsten, sie besser zu lösen.«

Émile Durkheim unterscheidet die Soziologie von der Philosophie, die praktische Ziele und die Beobachtung von Tatsachen vernachlässige. Er stellt die Soziologie auch revolutionären Theorien entgegen, die keine »weise konservative« Verbesserung beabsichtigten. Marcel Mauss und Célestin Bouglé vertreten ebenfalls eine anwendungsorientierte Soziologie. Sie bemühen sich darum, die gesellschaftliche Funktion der Sozialwissenschaften: Sie ist gefordert, verschiedene Rollenspannungen zwischen praktisch-politischen Arbeiten und dem wissenschaftlichen Handeln in Balance zu halten. Zu diesem Zweck muss in der Soziologie klar zwischen der reinen Theorie und ihrer Anwendung unterschieden werden. Der Soziologe, der am theoretischen Erkenntnisgewinn interessiert ist, hat ihrer Ansicht nach die Aufgabe, sich um die Anwendung neu generierten Wissens zu kümmern. Sie kennzeichnen damit ihr Verständnis von Wissenschaft. Die Durkheim-Schule, die sich in den 1930er Jahren und der Nachkriegszeit in der angewandten Soziologie einen festen Platz sichert, gilt als Vorbild in moralischen Angelegenheiten. Die erwähnte Praxisorientierung ist erhalten geblieben. Auf sie berufen sich in den Sozialwissenschaften auch neue Ansätze, die Theorie und Praxis verknüpfen.

Pierre Bourdieu stellt in einem älteren Aufsatz fest: »Die Soziologie wäre vielleicht keiner Mühe wert, wenn sie nur die Fäden aufzeigen würde, von denen die Menschen, die sie beobachtet, in Bewegung versetzt werden, wenn sie vergässe, dass sie es mit Menschen zu tun hat, selbst wenn diese, fast wie Marionetten, ein Spiel spielen, dessen Regeln sie nicht kennen, wenn sie sich also nicht zur Aufgabe machte, diesen Menschen das Verständnis für ihre Handlungen zurückzugeben« ([1962] 2002: 128). Die »Rückkehr zu Durkheim« ist hier (ohne Quellenangaben) voller Andeutungen. Sie richtet sich gegen andere Kontrahenten. Bourdieu stellt sich in der Textpassage in einen klaren Gegensatz zur strukturalen Anthropologie, die sich als Erbe des Gründers der französischen Soziologie sieht und kein Interesse dafür zeigt, »den Menschen das Verständnis für ihre Handlungen zurückzugeben«. Zwanzig Jahre später beruft sich Pierre Bourdieu erneut auf diese Formulierung. Er schreibt, um die Veröffentlichung politisch engagierter Vorträge zu rechtfertigen, dass »die Soziologie keine Stunde der Mühe wert wäre, sollte sie bloss ein Wissen von Experten für Experten sein« ([1984] 1992: 7).

## 2 Normativität und globale Humanität

Der amerikanische Soziologe Charles Wright Mills ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein inspirierender Theoretiker im Spannungsfeld von Soziologie und politischer Aktion. Von einer leidenschaftlichen Liebe zum Abenteuer des Mensch-Seins beseelt, verpflichtet er sich der menschlichen Würde. Er nimmt sich in seinen Schriften vor, wissenschaftliche Strenge mit schöpferischer Freiheit zu verbinden. Der Soziologie weist er die Aufgabe zu, in kritischer Absicht die Schnittpunkte zwischen Biographie und Geschichte sowie zwischen persönlichen Schwierigkeiten und öffentlichen Angelegenheiten zu erforschen. Mills vertritt die Überzeugung, man könne eine »gute Politik« auf der Basis von soziologischem Wissen betreiben. Er fordert sozialwissenschaftliche Intellektuelle dazu auf, ihre Kenntnisse und Ideen in die öffentliche Diskussion zu sozialen Problemen und Ungleichheiten einzubringen. Immer noch wegweisend ist seine eigene Analyse der Machteliten. Sie kontrastiert eine aktuelle Sicht, nach der wir es heute vornehmlich mit Funktionseleiten zu tun haben, die sich primär über Leistung definieren.

Charles Wright Mills betont auch die Bedeutung der sozialen Phantasie ([1959] 2000). Was die *sociological imagination* bedroht, sind negative Folgen der sozialen Professionalisierung. Diese

äußern sich in der Ablehnung eines Dialogs mit der Philosophie. Hinzu kommen die Distanz zu Debatten in der Öffentlichkeit, ferner der Technizismus und der Utilitarismus. Sie schwächen die soziale Phantasie, die den »Soziologen vom Techniker« ([1959] 2000: 211) unterscheidet. Zwar ist »eine gewisse Routinearbeit« (ebd.) nötig, die mit einer beruflichen Grundbildung verbunden ist. Die wissenschaftliche Phantasie weist jedoch »überraschende Eigenschaften auf, vielleicht weil sie wesentlich in der Kombination von Ideen besteht, die zunächst miteinander unvereinbar erscheinen«. Sie bemüht sich darum, »neue Wege zu finden« ([1959] 2000: 211). Dies ist ein wesentlicher Grund, weshalb Charles Wright Mills die Figur des »intellektuellen Handwerkers« verteidigt, der abseits von rein Spezialisierten steht. Der »*intellectual craftsman*« setzt sich auch vom »Grosstheoretiker« ab, der behauptet, das »Ganze« zu erfassen. Der Soziologe, der sich als intellektueller Handwerker versteht, stützt sich zwar auf ein solides Berufsvermögen. Er ist aber mit einem offenen Geist ausgestattet, an philosophischen Fragen interessiert und aufgeschlossen gegenüber verschiedenen Formen des kulturellen Ausdrucks. Als Beispiele dienen diverse Gattungen der Literatur, Musikstile, die plastische Kunst, Chanson-Kultur, Zeichentrickfilme, das Kino und Theater. Die intellektuelle Phantasie zeigt sich ebenfalls in der Lust auf Geschichte und Ethnologie (nicht westlicher Gesellschaften) sowie in der Neugier für gesellschaftliche Debatten und Bewegungen.

Seit der Publikation der einflussreichen Schrift von Charles Wright Mills gibt es in der Soziologie immer wieder wichtige Stimmen, die über die Wirkung sozialwissenschaftlicher Forschung nachdenken und sich fragen, welche Rolle diese bei der Beschreibung der sozialen Welt spielt. Manche Forschende stellen fest, dass die Sozialwissenschaften in letzter Zeit zunehmend ihre Aufgabe verloren haben. Sie halten davon Abstand, originelle und innovative Positionen in öffentliche Debatten einzubringen. Und sie wollen schon gar keine Probleme mehr lösen. Das hängt auch mit dem Aufkommen bio-sozialer und neurowissenschaftlicher Theorien zusammen. Diese verändern die Sicht auf das menschliche Verhalten. Sie werfen etwa die Frage auf, ob wir Menschen – im Vergleich zu anderen Lebewesen – wirklich so einzigartig sind, wie wir immer denken. Diese Überlegung ist wohl interessant und berechtigt. Um unser Verhalten besser zu verstehen, mag es auch legitim sein, eine engere Kooperation zwischen einer Sozialwissenschaft, die weitgehend anthropozentrisch orientiert ist, und biologischen Zugängen zu fordern. Aber hinter der quasi neutralen Aufwertung der Biologie verbergen sich normative Vorstellungen von dem, was Sinn macht und hilfreich sein könnte. Wichtig ist, dass wir diese Normativität aufdecken. Ihre Verborgenheit resultiert unter anderem daher, dass sie die Basis für die theoretische und ideologische Rechtfertigung gesellschaftspolitischer Mainstream-Diskurse bildet.

Steve Fuller (2006) ist Wissenschaftssoziologe und Begründer der so genannten »sozialen Erkenntnistheorie«. Er steht in geistiger Nähe zum Denken von Charles W. Mills. Fuller verteidigt den normativen Anspruch der Soziologie und wehrt sich gegen das Ansinnen der Biologie und anderer Naturwissenschaften, die Oberhand im Denken über Gesellschaft und Humanität zu gewinnen, um so die Sozial- und Geisteswissenschaften zu neutralisieren bzw. zu dominieren. In seiner programmatischen Schrift »*The New Sociological Imagination*« weist Fuller der Soziologie die Aufgabe zu, sich am Aufbau einer besseren Gesellschaft zu beteiligen. Er knüpft daran die Erwartung, dass die grossen »Verheissungen der Aufklärung« in die Zukunft erfüllt werden und damit der Zustand der Menschheit als Ganzes verbessert wird. Steve Fuller verfolgt das Ziel, »Humanität neu zu erfinden«, denn nur auf diese Weise sei eine Grundlage vorhanden, um einen neuen Typ von Sozialwissenschaft im 21. Jahrhundert zu entwickeln. »Menschen aller Länder vereinigt Euch.« So lautet seine Botschaft. Sein Aufruf ist ideologisch stark aufgeladen. Er orientiert sich zudem vorwiegend an kulturellen und religiösen Prinzipien der westlichen Welt. Das macht es aus unserer Sicht schwierig, Hoffnungen in seine »globale Humanität« zu verwirklichen.

### 3 Wissenschaft und Politik

Soziologe Max Weber vertritt eine weithin rezipierte Position zur Normativität. Seiner Auffassung nach verfolgen die Sozialwissenschaften das Ziel, gesellschaftliche Phänomene zu untersuchen, die mit Sinn, Bedeutung und Werten erfüllt sind. Doch steht es ihnen nicht zu, daraus normative Folgerungen für das politische Handeln abzuleiten. Die Kategorien und Konzepte, die zur Analyse historischer und gesellschaftlicher Vorgänge entwickelt werden, sollen rein beschreibenden Charakter haben. Das ist nur dann möglich, wenn methodisch fundierte Beschreibungen erarbeitet und präsentiert werden, die Entwicklungen und Herausforderungen nachzeichnen und dazu beitragen, verallgemeinernde Aussagen zu formulieren. Wenn Forschende eigene Werturteile in die wissenschaftliche Arbeit einbringen, sind sie verpflichtet, die subjektiven Überzeugungen und Einstellungen offen zu legen.

Max Weber nimmt sich vor, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik neu zu bestimmen. Aus diesem Grund unterscheidet er strikt zwischen dem Standpunkt der Wissenschaft und dem Standpunkt der Politik. Die Arbeit der Wissenschaft erfordert eine strenge Spezialisierung. Nur so erreicht sie ihr Ziel. Sie hat die Wahrheit zu beweisen. Sie muss diese wissenschaftlich belegen. Das geschieht anhand von Fakten, die als gültig anerkannt werden. Die Tätigkeit der Wissenschaft ist harte Arbeit und intensive Leidenschaft. »Wissenschaft erfordert Leidenschaft und Augenmass zugleich« (Weber, [1919] 1994: 88). Die Hypothesen der Wissenschaft entstehen durch einen »Einfall«, der ihr (nicht beliebig) zukommt. Die Annahmen speisen sich aus den Erfahrungen harter Arbeit. Zudem entstehen sie unabhängig von jeglicher Form politischer Ideen. Wissenschaft beruht auf dem Grundsatz der anzustrebenden Wertneutralität. Sonst lässt sich kein umfassendes Verständnis der Fakten gewinnen. Der Politiker ist ein Mensch der Aktion, der handelt. Er vermittelt Werte und *bezieht bewusst Stellung*. Der Wissenschaftler *analysiert* hingegen die politischen Strukturen. »Denn praktisch-politische Stellungnahme und wissenschaftliche Analyse politischer Gebilde und Parteistellung ist zweierlei« ([1917/1919] 1994: 14).

Zentral bleibt jedenfalls die Frage des gesellschaftlichen Engagements. Die Soziologie analysiert die Gesellschaft, der sie angehört. Sie begibt sich »ins Feld« und versucht, möglichst nah an die Menschen heran zu kommen, die sie untersucht. Der Soziologe ist kein Forscher im Elfenbeinturm. Er hat, wie alle Bürgerinnen und Bürger, eigene Vorstellungen. Er zeigt soziales Engagement und ist gefordert, sich gerade an Diskussionen zu beteiligen, die im Zusammenhang mit seiner Forschungstätigkeit stehen. Hier ist die Meinung als Fachperson besonders wichtig. Max Weber fragt: Wozu ist Soziologie gut, wenn sie nicht dazu dient, die sozialen Probleme zu verringern? Weber fordert die Soziologie aber auf, die Rolle der Wissenschaft nicht mit der Rolle der Politik zu verwechseln. Der Soziologe kann an den gesellschaftlichen Debatten seiner Zeit teilnehmen und eine politisch reflexive Position beziehen. So betont Max Weber auch die Notwendigkeit eines politischen Engagements. Er tritt 1918 selbst der Deutschen Demokratischen Partei (DDD) bei und veröffentlicht diverse politische Zeitungsartikel. Weber legt dabei Wert darauf, die beiden Rollen nicht gleichzeitig zu spielen. Vor allem dürfe man nicht versuchen, anderen seine eigenen Überzeugungen aufzuzwingen, indem man sich auf wissenschaftliche Tatsachen stütze. Sonst laufe man Gefahr, seine wissenschaftliche Glaubwürdigkeit zu verlieren. »Man kann nicht *zugleich* Mensch der Aktion und Mensch der Wissenschaft sein, ohne der Würde des einen oder des anderen Berufs zu schaden, ohne gegen die Pflichten des einen oder des anderen zu verstossen« (Aron, [1959] 1963: 10).

#### 4 Distanz und Engagement

Angeregt durch das Erbe von Max Weber fühlt sich Soziologe Norbert Elias. Er ist sich bewusst, dass normative Fragen in der Wissenschaft einen gebührenden Platz verdienen. So durchzieht sein ganzes Werk die zentrale Frage: Wie viel persönliches Engagement darf ein Wissenschaftler in seine Forschung einbringen? Weiter fragt Elias, ob der Soziologe das Pathos der Distanz benötige, um eine Beurteilung gesellschaftlicher Prozesse nach objektiven Gesichtspunkten vornehmen zu können? Seine eigenen Beiträge zur Wissenssoziologie kreisen um das Verständnis von Normativität und Wissenschaftlichkeit. Elias behandelt Politik und Wissenschaft nicht als gegensätzliches Paar. Er sieht den Soziologen als Mythenjäger und fordert eine bewusste Distanz zu politischen Tagesfragen. Wir müssen von ideologischen Auseinandersetzungen, kulturellen Selbstverständlichkeiten sowie alltäglichen Sprach- und Denkgewohnheiten immer wieder Abstand halten, um uns aus dieser Ferne dem Untersuchungsgegenstand abermals behutsam anzunähern.

Bis in die jüngste Gegenwart hinein wirkt sich das spannungsreiche Verhältnis zwischen Sozialwissenschaften und Politik. Der wesentliche Punkt ist, stets neu auszuloten, wie sich der Raum des soziologisch Denkbaren erweitern lässt. Dies geschieht auch im Widerstreit mit eigenen politischen Überzeugungen und Interessen. Die soziale Professionalisierung vollzieht sich heute allerdings Hand in Hand mit einem akademischen Konformismus, der sich stark an der angelsächsischen Marktlogik orientiert und wichtige Errungenschaften des politischen Liberalismus überlagert. So zum Beispiel die Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit. Aber hier geht es mehr um die Balance zwischen Distanz und Engagement. Dies in Anlehnung an Norbert Elias. Mit Distanz meint er eine Befreiung von voreingenommenen Auffassungen. Methodisch differenzierte Zugänge und methodologisch fundierte Überlegungen wirken unterstützend. Sie sind auch ein wichtiges Korrektiv zu einem Engagement, das reflektiert, wie spezifisch wir in die soziale und kulturelle Mitwelt eingebunden sind, die wir erforschen wollen.

»Jeder Wissenschaftler ist auch Staatsbürger: Ab dem Moment, wo er als Staatsbürger aktiv am öffentlichen Leben teilhat, ist er kein Wissenschaftler mehr«. So kritisiert Raymond Aron (1960) die Unklarheit bzw. Ambiguität des politisch aktiven Wissenschaftlers. Aron moniert auch, wie die Rollenkonfusion den Soziologen dazu führen kann, unter dem Deckmantel wissenschaftlichen Diskurses politische oder gesellschaftliche Stellungnahmen abzugeben. Er stellt damit nicht die Legitimität des öffentlichen Engagements der Soziologie in Frage. Aber der »Mensch der Wissenschaft« darf seine politischen Stellungnahmen nicht auf der Basis wissenschaftlicher Argumentation verteidigen. Über die Frage des gesellschaftlichen Engagements der Wissenschaft besteht also keine Einigkeit. In der Soziologie zeigt sich seit ihrem Anfang eine Spaltung zwischen dem theoretischen Erkenntnisgewinn und einer praktischen Orientierung, die nützliches Wissen generieren will. Pierre Bourdieu versucht diese Dichotomie aufzuheben. Die Soziologie soll sich verstehend und erklärend sozialen Realitäten annähern und, an Erkenntnis und Enthüllung interessiert, die Gesellschaft stets kritisch distanziert aus der Perspektive der engagierten Wissenschaft betrachten.

Die Medien und Politik fordern die Wissenschaft heute häufig dazu auf, sich an öffentlichen Diskursen zu beteiligen. Die intensiveren Kontakte zur Gesellschaft führen allerdings kaum dazu, das Mandat der »Intellektuellen« zu stärken. Sie machen jedoch die Rolle von »Fachpersonen« sichtbarer. Gefragt sind inhaltliche Kompetenzen zu einem medial aktuellen Thema. Die öffentliche Rolle der Forschenden löst sich so von der Figur des Intellektuellen, wie sie als engagierter Generalist seit Ende des 19. Jahrhunderts an Bedeutung erlangte. Sie verschiebt sich zusehends hin zur Gestalt eines »spezifischen Intellektuellen«. Michel Foucault (1977) diskutiert diese Konzeption und meint eine neue Figur, die den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf konkrete Interventionen legt. Sie entspricht der wachsenden Forderung nach verwertbarem Fachwissen und zwingt die Soziologie dazu, ihre Rolle in der Öffentlichkeit neu zu überdenken.

Das gilt auch für die besonders Feld nahe Soziale Arbeit. Wenn der Nachweis ihrer Nützlichkeit so interessiert, sind forschungsethische Grundlagen und methodologische Überlegungen zentral. Sie gehören unabdingbar zur bewussten Auseinandersetzung mit der Normativität in der Theorie und Praxis des sozialen Engagements. Dies mit dem Ziel, auch implizite Annahmen transparent zu benennen. Das ist besonders in der Armutsforschung wichtig. Sie untersucht emotional berührende Phänomene. Diese werden in öffentlichen Diskursen zuweilen abwehrend banalisiert oder moralisch hochstilisiert. Der Anspruch einer kritischen Analyse besteht darin, die normativen Prägungen zu erhellen.

## 5 Diskurse über erwerbstätige Arme

*Working Poor* sind nach unserem Verständnis erwerbstätige Arme und Angehörige, die im gleichen Haushalt leben (Kutzner et al., 2004). Von 7,75 Millionen EinwohnerInnen gehören in der reichen Schweiz rund eine halbe Million dazu. Offizielle Statistiken versuchen die Zahl der Betroffenen möglichst tief zu halten (BFS, 2009). Sie definieren viele Betroffene einfach weg, indem sie Arbeitstätige mit einem Erwerbsgrad unter 90 Prozent sowie (deren) Kinder und weitere Haushaltsangehörige ignorieren. Sie vernachlässigen auch, wie viele *Working Poor* auf Sozialhilfe angewiesen sind. Und die Sozialhilfe konzentriert ihre Anstrengungen auf (erwerbstätige) Arme, die am meisten Chancen haben, sich im ersten Arbeitsmarkt durchzusetzen. Die Segmentierung der Klientel klassifiziert und stigmatisiert sozial Benachteiligte. Die forcierte Integration (in prekarierte Arbeitsverhältnisse) führt oft zu einem Ausschluss. Soweit, stark verkürzt, unser Befund. Er problematisiert die Armut im Kontext einer strukturellen sozialen Ungleichheit, die auch Mechanismen der Ausgrenzung einbezieht. Anders, aber nicht weniger normativ, erscheint die Armut, wenn sie - mehr individualisiert und subjektiviert - aus situativen Konstellationen erklärt wird.

Der Begriff *Working Poor* stammt aus dem angelsächsischen Raum. Dort ist er seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts für Erwerbstätige in prekären Arbeitsverhältnissen gebräuchlich. In den neunziger Jahren wiesen auch in der Schweiz erste kantonale Armutsstudien (Mäder et al., 1991) auf die Existenz vieler *Working Poor* hin. Das provozierte harsche Reaktionen. In der reichen Schweiz gibt es doch keine Armut. So lautete der Tenor. Die Existenz von *Working Poor* erhielt erst Ende der 1990er-Jahre mehr Akzeptanz, als mit der wirtschaftlichen Krise die Zahl der *Working Poor* weiter zunahm. Inzwischen scheint sich die Situation verbessert zu haben, wie das Bundesamt für Statistik (BFS, 2011) mit Bezug auf den konjunkturellen Aufschwung geltend macht. Die Folgen der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise sind allerdings noch nicht berücksichtigt. Und die Berechnungen übergehen viele Alleinerziehende, die wegen ihren Betreuungspflichten eine Erwerbquote unter 90 Prozent aufweisen. Beziehen wir ferner die Kinder von allen *Working Poor* Haushalten sowie weitere nicht erwerbstätige Angehörige ein, dann steigt die Quote der *Working Poor* um mehr als 200 Prozent gegenüber den offiziellen Angaben. Das Ausmass der Armut hängt offenbar von der Definition ab, die stets normativ geprägt ist und auf Diskurse reagiert, die wiederum gesellschaftliche Veränderungen dokumentieren und machtanalytisch zu betrachten sind.

Durch die Verschärfung der internationalen Konkurrenz setzt sich seit der rigorosen Marktöffnung von 1989 vermehrt ein angelsächsischer Markt-Liberalismus durch, der die Kapitalgewinne und die Rationalisierung der Produktion forciert. Da es mit der Verteilung hapert, nimmt seither auch die Erwerbslosigkeit zu. Ferner sinken die freien verfügbaren Einkommen bei einem Teil der niedrigen Lohnkategorien.<sup>1</sup> In der Schweiz hatten die untersten 25 Prozent der Einzelhaushalte

1 Die freien verfügbaren Einkommen gehen von den Löhnen und Transferzahlungen aus und ziehen davon die Ausgaben für Steuern, Versicherungen, Mieten und die Gesundheit ab. Dies im Unterschied zu andern Berechnungen (etwa der OECD), die sich auf durchschnittliche Nominallöhne abstützen.

im Jahr 2008 real weniger Geld zum Leben als 1998 (Lampard/Gallusser, 2011: 5).<sup>2</sup> Damit verschärfen sich die soziale Brisanz und der Ausschluss von Haushalten mit niedrigen Einkommen. Diese Gefahr wird jedoch sehr unterschiedlich beurteilt. Aus unserer Sicht ist sie sehr ernst zu nehmen. Wir halten dafür, Verteilungsfragen strukturell anzugehen und auch Mechanismen der Ausgrenzung und Entwürdigung einzubeziehen.

## 6 Paradigmenwechsel

Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Massnahmen sollen nach unserem Verständnis das Ausmass der *Working Poor* in der Schweiz reduzieren und auch verhindern, dass *Working Poor* auf Sozialhilfe angewiesen sind. Ein Minimallohn von 3.000 Franken ist heute in den meisten Gesamtarbeitsverträgen festgeschrieben. In der sozialpolitischen Diskussion sind darüber hinaus steuerliche Entlastungen für Familien, erwerbsabhängige Ergänzungsleistungen für Familien, eine Erhöhung der Kinderzulagen und eine Ausweitung der familienergänzenden Kinderbetreuung geplant. Aktuelle Reformen drängen allerdings darauf, vornehmlich Kosten zu sparen.

Im so genannten Post-Wohlfahrtsstaat lässt sich ein Paradigmenwechsel feststellen. Er führt von einer statusorientierten Sozialpolitik zu einer sozialinvestiven Sozialpolitik. Im Vordergrund steht das Konzept eines aktivierenden Sozialstaates. Er soll die Verantwortlichkeiten zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft neu definieren. Ebenso die Rechte und Pflichten gesellschaftlicher Akteure (Dahme, 2005). In der Schweiz vollzieht sich ein Umbau vom Keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum neoliberalen Post-Wohlfahrtsstaat. Das zeigt sich (laut Wyss, 2007) deutlich in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Ein Ziel ist die Aktivierung jener, die Leistungen erhalten. Als Leitsatz gilt: fördern und fordern. So entstehen neue Kontrollen und Sanktionen; etwa in der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung. Wer Sozialhilfe bezieht, erhält auch die Auflage, Gegenleistungen zu erbringen. Sonst drohen Kürzungen der Mittel. Gängige Diskurse über eine aktivierende Sozialpolitik und Sozialarbeit führen dazu, restriktive Sanktionen zu legitimieren.

Die Sozialhilfe will ihre Anstrengungen nun besonders auf jene Klientinnen und Klienten konzentrieren, die am meisten Chancen haben, sich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Zu diesen Anstrengungen gehören die Suche nach einer besser bezahlten Anstellung oder die Erhöhung der Arbeitsstunden von *Working Poor*. Ob entsprechende Massnahmen die Integration fördern, untersuchten wir im Rahmen des Nationalfondsprogramms Nr. 51 »Integration und Ausschluss« (Kutzner et al., 2009). Dabei interessierte, wie sich die Kategorisierung auswirkt, nach welcher die Sozialhilfe ihre Klientel einteilt. Als wichtigstes Kriterium gilt die Integration in die Erwerbsarbeit. Die Sozialhilfe konzentriert ihre Anstrengungen auf Abhängige, die noch intakte Chancen haben, im ersten Arbeitsmarkt eine Vollbeschäftigung zu finden. Zu dieser Gruppe gehören vor allem auch Teilzeit-Angestellte. Sie erhalten nun weniger Mittel für den Grundbedarf, aber mehr Geld, wenn sie ihre Erwerbsintegration ausdehnen. Etliche Sozialhilfeabhängige schätzen diese finanziellen Anreize. Sie fühlen sich stärker beachtet und akzeptieren dafür potenzielle finanzielle Einbussen. Andere Sozialhilfeabhängige fühlen sich durch die privatisierten Risiken mehr gestresst. Auch, weil diese Integration oft im prekären Niedriglohnsektor stattfindet, soziale Beziehungen belastet und so eher den Ausschluss verstärkt.

Bei einer früheren Armutsstudie (Mäder et al., 1991) fiel uns bereits ein starker Rückzug sozial Benachteiligter auf. »Ich bin selber schuld, dass ich so wenig verdiene; ich hätte halt früher in

<sup>2</sup> 400.000 Arbeitnehmende haben heute bei einer 100 Prozent-Anstellung einen Lohn unter dem vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund vorgeschlagenen Mindestlohn von 4.000 Franken (etwa 3.600 Euro) im Monat. Das sind 22 Franken pro Stunde (Lampard/Gallusser, 2011).

der Schule besser aufpassen müssen«, sagte uns etwa eine allein erziehende Verkäuferin. Sie fand auch den Anstieg der Mietkosten in Ordnung, die sie diese kaum bezahlen kann. Viele der interviewten Armutsbetroffenen fühlten sich relativ stark für die Verhältnisse verantwortlich, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Wir erklärten uns diesen Rückzug durch den hohen gesellschaftlichen Individualisierungsgrad und die verbreitete Tabuisierung der Armut. Das Schweigen führt demnach dazu, dass Betroffene nach außen den Anschein erwecken, alles sei in bester Ordnung, auch wenn sie selbst einen hohen Leidensdruck verspüren.

Heute weisen etliche Anzeichen darauf hin, dass sich resignative Haltungen und depressive Verstimmungen teilweise in Empörung verwandeln. Das mag mit der grösseren Transparenz über die soziale Ungleichheit zu tun haben. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere sehr hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Ähnliches zeigt sich bei Personen, die viel arbeiten, selbst kaum das Existenzminimum erreichen und immer wieder von Einkommen lesen, die das eigene um ein Mehrfaches übersteigen. Die Wut kann sich allerdings unterschiedlich auswirken. Sie kann sowohl die Bereitschaft fördern, sich mehr für die eigenen Interessen einzusetzen, als auch die Gefahr erhöhen, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide Ordnung mit strukturellen Ausgrenzungen anstreben. Das zeigt, wie politisch relevant die Armutsfrage ist. Das Anliegen, menschliches Leiden zu vermindern, hat auch demokratische Implikationen. Es verbessert die Chancen persönlicher Teilnahme.

## 7 Eine andere Sicht

In der Schweiz ist vornehmlich die Sozialhilfe für die Working Poor zuständig. Die Sozialhilfe ist jedoch gar nicht für eine solche »Klientel« eingerichtet. Als Institution ist sie auf die Überbrückung von individuellen Notfällen vorgesehen. Wird für Working Poor-Haushalte ergänzend Sozialhilfe bezahlt, ist das faktisch eine Subventionierung niedriger Löhne und eine Kompensation der ungenügend ausgeformten Sozialpolitik. Für Working Poor, die Sozialhilfe beziehen, bedeutet Armut allerdings nicht nur Einkommensschwäche, sondern auch eine Kumulation verschiedener Probleme. Betroffene Kinder erleiden oft einen Verlust an Selbstwert. Sie weisen mehr gesundheitliche Beeinträchtigungen auf und reagieren mit Schulschwächen. Der Schweizerische Bundesrat (2010) will nun armutsbetroffene Kinder beim Schuleintritt, bei den Hausaufgaben und während der ganzen Schulzeit unterstützen. Er will auch die soziale Integration von armen Familien fördern. Das ist gewiss wichtig, aber von beschränkter Reichweite, wenn der finanzielle Stress bleibt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserten in der Schweiz breite Bevölkerungsteile ihre materielle Lebenssituation. Mit den rezessiven Einbrüchen der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts veränderte sich die Situation. Die soziale Ungleichheit verschärfte sich deutlich, denn erstens nahm seither die Erwerbslosigkeit wieder zu. Zweitens halten Teile der nominell steigenden Löhne mit den Lebenshaltungskosten nicht Schritt, was vor allem zu einer Zunahme der Working-Poor führt. Drittens orientiert sich das System der sozialen Sicherheit einseitig an der Erwerbsarbeit. Und viertens erhöht sich die Kluft zwischen den oberen und unteren Einkommen und Vermögen (Mäder et al., 2010).<sup>3</sup> Dass Working-Poor und andere Arme inmitten des Reichtums

3 Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen hat in der Schweiz mehr steuerbares Nettovermögen als die übrigen 99 Prozent (Credit Suisse 2010). Die Vermögen der 300 Reichsten stiegen (trotz Einbussen durch die Finanzkrise) von 86 Milliarden im Jahr 1989 auf 470 Milliarden Franken im Jahr 2009. (Bilanz, 3.12.2010) Schweizer Banken verwalten über 4.000 Milliarden Franken private Vermögen. Gut die Hälfte davon kommt aus dem Ausland. Mit einem Marktanteil von 27 Prozent ist die Schweiz der größte Offshore-Finanzplatz der Welt. Ein Offshore-Finanzplatz ist eine Steueroase mit hoher Vertraulichkeit, aber wenig Aufsicht und Regulierung. Dabei erweist sich die politische Stabilität als zentral; zusammen mit der Verschwiegenheit und Bereitschaft der Banken, Steuerhinterziehung zu

leben, verschärft die soziale Brisanz. Sie brauchen einen besseren Zugang zur Erwerbsarbeit, mehr Einkommen und soziale Sicherheit. Die reiche Schweiz kann sich das erlauben. Sie gibt, gemessen am Brutto-Inlandprodukt, seit dem Jahr 2005 allerdings weniger Geld für die soziale Sicherheit aus.<sup>4</sup> Dieser Befund mag erstaunen; denn populistisch geführte Debatten erwecken immer wieder den trügerischen Anschein, die soziale Sicherheit liesse sich kaum mehr finanzieren. Sie unterschlagen den Überschuss der Einnahmen. Und sie vernachlässigen auch, wie die Renten rentieren und über Konsumausgaben viel Arbeit und Einkommen schaffen. Darauf ist offensiv mit konkreten Berechnungen hinzuweisen. Wobei die Renten auch wichtig wären, wenn wir ihren zusätzlichen Nutzen nicht nachweisen könnten. Wir sollten die wirtschaftlichen Diskurse kennen und fundiert führen, uns aber auch vom verengten Ökonomismus marktorientierter, deregulierender Reformprojekte in den Bereichen von Sozial- und Arbeitsmarktpolitik distanzieren. Entscheidend ist das, was sich hinter den Zahlen verbirgt.

Mehr Egalität und sozialer Ausgleich erhöhen aus unserer Sicht das psychische Wohl. Sie verbessern zudem die Voraussetzungen zur Teilhabe an der Gesellschaft. Für die berufliche Integration ist ferner der Zugang zu Ausbildung bedeutend. Unsere Gesellschaft sollte allen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung ermöglichen. Ebenfalls wichtig sind kommunikative und gestaltbare Quartiersstrukturen. Die Existenzsicherung und der soziale Ausgleich sind gesellschaftlich zu vereinbaren. Der Reichtum muss allen zu Gute kommen. Die Reichen haben ihn nicht selbst erwirtschaftet. Andere haben viel dazu beigetragen. Das Geld sollte vermehrt dorthin treiben, wo es Existenzen sichert und ein lebendiges Leben ermöglicht. Einer Gesellschaft geht es gut, wenn es möglichst allen gut geht. So lautet unsere normative Prämisse.

Die vielen *Working Poor* verdeutlichen, dass Erwerbstätigkeit nicht notwendig vor Armut schützt. Sie deuten an, wie zwiespältig das Ideal der Arbeitsgesellschaft ist. Es verspricht allen, die sich qua Lebensführung den Erfordernissen der Erwerbsarbeit anpassen, ein materiell gesichertes Leben. Bei den *Working Poor* zeigt sich, wie trügerisch dieses Ideal ist. Wenn Erwerbsarbeit jedoch nicht mehr garantiert, ein Leben oberhalb der politisch festgelegten Armutsschwelle führen zu können, ist auch eine Zunahme von Anomie und Abweichungen von bestehenden Normen zu erwarten. Weitere Folgen sind die allmähliche Erosion der Arbeitsethik und die Verbreitung informeller und illegaler Beschäftigungsverhältnisse. Das verdeutlicht, dass für die Problematik der *Working Poor* nicht einfach die Sozialhilfe, sondern die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig ist. Hilfreich wären etwa das Recht auf einen Mindestlohn für alle Arbeitnehmende, höhere Kinderzulagen und Steuerentlastungen für Familien und der Ausbau von Ergänzungsleistungen auf alle Haushalte mit zu wenig Einkommen. Arbeit und Vergütung von Arbeit sind nach dieser Sicht prinzipiell gerechter zu verteilen. Und damit sich einseitige Abhängigkeiten wirklich mindern lassen, ist vor allem auch die demokratische Teilhabe in der Wirtschaft auszuweiten. Wer dieses Tabu angeht, setzt sich ganz besonders dem Vorwurf aus, normativ zu argumentieren. Wenn wir dafür plädieren, einseitige Abhängigkeiten abzubauen, meinen wir keine Loslösung

---

fördern. Die Schweiz nimmt auch bei den direkten Investitionen im Ausland mit 632 Milliarden Franken weltweit den vierten Platz ein. Und Schweizer Investoren spielen auf dem internationalen Markt für Hedgefonds eine zentrale Rolle. Hedgefonds verfolgen eine spekulative Anlagestrategie. Sie gehen für hohe Gewinne hohe Risiken ein. Jeder siebte Franken, der in London oder New York in Hedgefonds fließt, kommt aus der Schweiz. Die Schweiz ist also ein enorm reiches Land.

<sup>4</sup> Im Jahr 2008 sind die Einnahmen der Sozialversicherungen mit 3,4 Prozent wiederum stärker gestiegen als die Ausgaben (2,7 %) von insgesamt 124 Mrd. Franken (2008). Und die Sozialleistungsquote ist von 22,3 Prozent (2005) auf 20,5 Prozent (2008) gesunken. (BSV, 2010) Das bedeutet, dass sich die soziale Sicherheit selbst finanziert und die Anteile der Ausgaben am Bruttosozialprodukt rückläufig sind.

vom System der sozialen Sicherheit. Im Gegenteil. Die erkämpften Sozialversicherungen tragen erheblich dazu bei, individuelle Freiheiten und Wahlmöglichkeiten zu unterstützen.

## 8 Welche Normativität?

Soziale Arbeit ist eine Wissenschaft und eine Profession. Sie orientiert sich an der Theorie und an der Praxis; und sie versucht, soziale Dynamiken nicht bloss zu dekonstruieren, sondern zu erklären und zu verstehen. Soziale Arbeit hilft auch, soziale Probleme zu bewältigen. Dieses Bestreben impliziert, wie die theoretischen Grundlagen, normative Vorstellungen. Sie bestimmen mit, was Probleme und Lösungen definiert. Je nach Sicht, weichen die Analysen erheblich voneinander ab. Zum einen innerhalb der Sozialen Arbeit, zum andern zwischen der sozialen Arbeit und den relevanten Akteuren aus Wirtschaft und Arbeit. In dieser Schnittstelle streiten sich die Geister besonders. Hinter dem Zwist verbergen sich unterschiedliche Interessen und Werte. Auch Machtansprüche, die begriffliche und gesellschaftliche Konzepte prägen. Begriffe sind keine Wahrheiten. Sie dienen dazu, sich sozialen Realitäten anzunähern. Sie tun das aber nicht neutral. Und schon gar nicht selbst. Was Soziale Arbeit bedeutet, ist eine Frage der Haltung und der Definitionsmacht.

Die Akzeptanz erheblicher sozialer Unterschiede beruht auf der Hoffnung vieler Menschen, sie könnten eines Tages selbst zu Reichtum kommen. Reichtum gilt ihnen als erstrebenswert. Und verbreitet ist die Vorstellung, dass alle ihr eigenes Glück schmieden und aufsteigen können, wenn sie sich genug Mühe geben. Diese Sicht rechtfertigt die grossen Unterschiede und zurt sie fest. Wie jene Kritik, die den Sozialstaat bezichtigt, Menschen bloss abhängig zu machen. Sie fördert ebenfalls die Akzeptanz der Diskrepanz. Und sie behindert eine Umverteilung, welche die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungskreise verbessern könnte. Wichtig ist daher, wer die erheblichen sozialen Unterschiede wie diskutiert oder sogar legitimiert und wie der Staat auf die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Wenn sich zum Beispiel Arbeitslosigkeit weiter verbreitet und soziale Sicherheiten aufweichen, gedeiht auch ein Nährboden der Angst. Der Abbau staatlicher Leistungen kann dann dazu führen, dass sich sozial Benachteiligte gegenseitig bekämpfen, statt miteinander zu solidarisieren. Welche Strategien sich durchsetzen, hängt auch von dominanten Diskursen ab. Seit der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts verschieben sich die Akzente vom Strukturellen zum Individuellen.

Ein Diskurswandel ist vor allem bezüglich gesellschaftlicher Gegensätze feststellbar. Bei der sozialen Ungleichheit geht es um die Verteilung von Wohlstand, Ansehen und Macht. Was einst als Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung galt, wird heute eher selten thematisiert. Der Blick verlagerte sich von der vertikalen Ebene, bei der es noch ein oben und unten gab, zur horizontalen (Geissler, 2002: 537). Modelle sozialer Milieus betonen die Lebensauffassung, den Lebensstil und die Wertorientierung. Die Lagen- und Milieuanalysen weisen zwar auf wichtige soziale Differenzierungen hin. Sie unterminieren aber die gesellschaftlichen Gegensätze, an der sich eine Kritische Soziale Arbeit orientieren sollte, die widerständig und konstruktiv ist und wahr nimmt, wie sich soziale Gegensätze im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise weiter verschärften. Kritische Soziale Arbeit darf sich aber auch nicht damit begnügen, Armut und Ungleichheit vornehmlich mit Umverteilung zu bekämpfen. So richtet sich die us-amerikanische Politikwissenschaftlerin Nancy Fraser (2001) längst gegen eine Umverteilungspolitik, die »Arme und Bedürftige« zu reinen Hilfsempfängenden macht. Eine solche Politik, kritisiert Fraser, bestätigt das bestehende Gefüge. Sie zementiert soziale Ungleichheit und bevormundet die Abhängigen.

Fraser plädiert für transformative Massnahmen, bei der eine Neustrukturierung der zugrunde liegenden Verhältnisse angestrebt wird, um die ungerechten Folgewirkungen zu beheben (Fraser, 2001: 47). Schritte in diese Richtung sind Mindest- und Maximallöhne sowie progressive Steuern.

Viele Privilegierte wollen hingegen die Steuerprogression abschwächen. Einzelne plädieren sogar dafür, keine direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen zu erheben. Sie argumentieren volkswirtschaftlich mit Wohlstandsverlusten: Steuern würden Nachfrage oder Angebot künstlich verknappen, also die Marktkräfte schwächen und das Wachstum dämpfen. Dabei ist es umgekehrt. Wenn alle mehr am gemeinsam erwirtschafteten Erlös teilhaben, dann stärken Solidarität und soziale Sicherheit die Zuversicht und Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen. Es geht nicht um Gleichmacherei, sondern um Freiheit und Selbstbestimmung. Handlungs- und Entfaltungsmöglichkeiten sind allerdings wesentlich durch sozioökonomische Verhältnisse bedingt.<sup>5</sup> Unsere normativen Postulate beziehen sich daher auf beide Bereiche, auf strukturelle und auf kulturelle. Diese versuchten wir auch in unserer letzten Studie zur sozialen Ungleichheit (Mäder et al., 2010) zu verknüpfen. Wir analysierten wichtige Dimensionen sozialer Ungleichheiten sowie deren Wahrnehmung im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise veränderte.

Wir interviewten in unserer Studie »Wie Reiche denken und lenken« (ebd.) auch hundert Reiche. Erfreulich war die hohe Bereitschaft, sich mit kritischen Fragen auseinander zu setzen. Als gefährliche Realität betrachtet Daniel Vasella, VR-Präsident der Novartis, aktuelle geopolitische Veränderungen, die auch eine Verschiebung der ökonomischen Macht nach sich ziehen und das Demokratieverständnis berühren. Zu den grössten Herausforderungen gehören für ihn irreparable Schäden, die über Generationen stattfinden und deshalb kaum wahrnehmbar sind. Vielleicht kämen wir erst über Katastrophen dazu, diese Probleme zu bewältigen. Rolf Soiron, VR Präsident der Lonza und Holzim AG, setzt auf Verständigungen über Gesellschaftsentwürfe und die Nachhaltigkeitsdebatte. Sie biete Chancen eines übergreifenden Konsenses. Ein intensiver philosophischer Diskurs könnte dazu beitragen, das kurzfristige Denken zu verändern, das die Krise prägt. Auf das Bewusstsein der eigenen Endlichkeit setzt die sozial engagierte Mäzenin Christine Cerletti-Sarasin. Ihr wurde am Totenbett ihres Vaters klar, wie wenig einem am Schluss das Geld nützt. Man sollte sich daher wieder mehr auf das besinnen, was wichtig ist im Leben.

Ja, es kann doch primär nicht darum gehen, alles schneller drehen zu lassen und Angst besetzt permanent die Effizienz zu optimieren. Ob die Finanz- und Wirtschaftskrise die Sinnfrage und die Idee der sozialen Verträglichkeit des Eigentums wieder mehr in den Vordergrund rückt, bezweifeln indes viele der Befragten. Und die soziale Ungleichheit nimmt derzeit bei den verfügbaren Einkommen und bei den Vermögen weiter zu. Der soziale Ausgleich lässt also in wichtigen Bereichen auf sich warten. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der gute Wille von einzelnen Reichen ist gewiss wichtig. Aber die soziale Existenzsicherung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie darf nicht von der individuellen Grosszügigkeit abhängen. Und an diesem Postulat lässt sich aus unserer Sicht auch festmachen, wie normativ die Soziale Arbeit sein muss. Im Vordergrund steht die materiell gesicherte Existenz für alle. Das ist das Mindeste. Hinzu kommen das psychische Wohl und die menschliche Würde. Der Sozialen Arbeit kommt die Aufgabe zu, sich in der Forschung, Theorie und Praxis dafür einzusetzen.

<sup>5</sup> Wenn sich die Soziale Arbeit heute für Mindestlöhne engagiert, setzt sie sich gleich dem Vorwurf aus, Arbeitsplätze zu vernichten. Diese seltsame Argumentation spielt auch in der Vermögensdebatte mit. Wer als Sozialarbeiter/in eine minimale Vermögenssteuer fordert, wird gleich bezichtigt, mit einer Reichtumssteuer die Kapitalflucht anzukurbeln. In Deutschland fordern beispielsweise Gewerkschaften einen Mindestlohn von 7,5 Euro. Weniger verdienen 11 Prozent der Arbeitnehmenden im Westen und 21 Prozent im Osten. (NZZ, 16.4.2009) Sie alle erhalten Löhne unter diesem niedrigen Ansatz. Aber das ist laut NZZ nicht das Problem. Das Problem sei vielmehr die verlangte Lohnerhöhung. Die Gewerkschaften gefährdeten so diese billigen Arbeitsplätze. Die ebenfalls geforderte minimale Vermögenssteuer bezeichnet die NZZ als populistische Neidsteuer, die als Reichtumssteuer die Steuerhinterziehung fördere. Hinweise auf die zunehmende soziale Ungleichheit sind offenbar bedrohlich. Auch die Sozialwissenschaften vernachlässigen bei ihren Gesellschaftsanalysen vertikal angelegte Sozialstrukturen. Sie interessieren sich mehr für horizontale soziale Differenzierungen, als ob es kein oben und unten mehr gäbe. Strukturelle Bezüge kommen zu kurz.

## Mäder/Schmassmann, Wie normativ muss die Armutsforschung sein?

## Literatur

- Ahrens, J./Beer, R./Bittlingmayer, U. H./Gerdes, J. (Hrsg.), 2011: Normativität. Über die Hintergründe sozialwissenschaftlicher Theoriebildung, Wiesbaden
- Aron, R., 1959: Einführung, in: *Le savant et le politique*, Paris, Union Générale d'Éditions, 1963: 7-52
- Aron, R., *Journaliste et Professeur* (Text der Antrittsvorlesung am Institut des Hautes Études de Belgique), 23. Okt. 1959, *Revue de l'Université de Bruxelles*, März-Mai, 1960: 2-10
- Boltanski, L., 2009: *De la critique. Précis de sociologie de l'émancipation*, Paris
- Bouglé, C., *Sociologie et démocratie*, *Revue de métaphysique et de morale*, 1896, 4: 118-120
- Bourdieu, P., 1962: *Célibat et condition paysanne*, in: *Le Bal des célibataires: Crise de la société paysanne en Béarn*, Seuil, Paris, 2002: 15-165 (dt., *Ehelosigkeit in der bäuerlichen Gesellschaft*, in: *Junggesellenball. Studien zum Niedergang der bäuerlichen Gesellschaft*, Konstanz, 2008: 15-161).
- Bourdieu P., 1997: *Das Elend der Welt*, Konstanz
- Bourdieu, P., 1992: *Prologue*, in: *Questions de sociologie*, Paris: 7-9 (1. Aufl. 1980)
- Bundesamt für Statistik, BFS, 2009a: *Newsletter*, Nr. 3, 21.4
- Bundesamt für Statistik, BFS, 2009b: *Sozialhilfe und Armutsstatistik im Vergleich*, Neuenburg
- Bundesamt für Statistik, BFS, 2009c: *Soziale Sicherheit*, Bericht, 19.5
- Bundesamt für Sozialversicherungen, 2010: *Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2010*. Bern. Eidgenössisches Departement des Innern
- Bundesamt für Statistik, BFS, 2011: *Statistischer Sozialbericht 2011*, Bericht des Bundesrates, 18.5
- Bundesrat, 2010: *Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung*, Bern, 31.3
- Credit Suisse, 2010: *Global Wealth Databook*, Zürich, CS
- Dahme, H.-J./Wohlfahrt, N. (Hg.), 2005: *Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis*, Hohengehren
- Durkheim, É., 1986: *De la division du travail social*, Presses universitaires de France, Paris (1. Aufl. 1893)
- Elias, N., 2003: *Engagement und Distanzierung*, in: *Norbert Elias Gesammelte Schriften*. Bd. 8, Frankfurt a. M., (1. Aufl. 1983)
- Fischer S./Sahm A.: *Friedensforschung und Normativität: Positionen der jüngeren Generationen*, in: E. Jahn, S. Fischer, A. Sahm (Hg.), *Die Zukunft des Friedens*, Bd. 2, Wiesbaden: 49-73
- Foucault, M.: «*La fonction politique de l'intellectuel*», *Hebdo-Politique*, 1977, 29 novembre – 5 décembre: 31-33
- Fuller, St., 2006: *The New Sociological Imagination*, London
- Fraser, N., 2001: *Die halbierte Gerechtigkeit*, Frankfurt a. M.
- Kronauer, M., 1998: *Exklusion« in der Armutsforschung und der Systemtheorie: Anmerkungen zu einer problematischen Beziehung*, in: *SOFI-Mitteilungen*, Nr. 26, Göttingen: 117-126
- Geissler R., 2002: *Facetten der modernen Sozialstruktur – Modelle und Kontroversen*, in: V. Jäggi, U. Mäder, K. Windisch (Hg.), *Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel*, Bern: 537-55
- Honneth, A., 2003: *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt a. M. (1. Aufl. 1992).
- Kutzner, St./Mäder, U./Knöpfel, C. (Hg.), 2004: *Working poor in der Schweiz: Wege aus der Sozialhilfe*, Zürich
- Kutzner, St./Mäder, U./Knöpfel, C./Heinzmann, C./Pakoci, D., 2009: *Sozialhilfe in der Schweiz*, Zürich
- Lampert, D./Gallusser, D., *SGB-Verteilungsbericht*, Dossier Nr. 77, Bern 2011
- Mäder, U./Biedermann, F./Schmassmann, H./Fischer, B., 1991: *Armut in Basel-Stadt*, Social Strategies, Basel: Karger & Libri
- Mäder, U./Jey Aratnam, Ganga/Schilliger, S., 2009: *Wie Reiche denken und lenken*, Zürich
- Mauss, M., 1971: *Divisions et proportions des divisions de la sociologie*, wiederveröffentlicht unter dem Titel *Division concrète de la sociologie*, in: *Essais de sociologie*, Paris: 42-80 (1. Aufl. 1927)
- Mills, Ch. W., 2000: *The Sociological Imagination*, Oxford, Oxford Univ. Press, (1. Aufl. 1959)
- Nassehi, A., 1997: *Inklusion, Exklusion-Integration, Desintegration*, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Was hält die Gesellschaft zusammen?* Frankfurt a. M.: 113-149
- Weber, M., 1994: *Wissenschaft als Beruf*, in: *Wissenschaft als Beruf 1917/1919. Politik als Beruf 1919*, Tübingen, (1. Aufl. 1917/1919)
- Wyss, K., 2007: *Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus*, Zürich